

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Arbeitslohn mit Ausnahme der Son- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einschließung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Mitglieder gegenüber in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande
4.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.25 Mk. mit Zustellungsgeld. Alle Postkästen und Postboten sowie
unser Mitglieder und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieges oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6 geliehene Zeilenzeile ober dem Namen, Resten, die 2 spaltige Kopfzeile 2.50 Mk.
Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend ermäßigter. Bekanntmachungen in amtlichen Zeitungen
bestehen die 7 geliehene Kopfzeile 3 Mk., Nachmittags-Beilage 50 Pf. Bezugsannahme bis vormittags
10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Bezüge übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rück-
anspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöpping, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 178.

Dienstag den 2. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 8. August 1921 vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amts-hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung ist vom 2. August 1921 ab im Aushangkasten des amts-hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes angeschlagen.

Meißen, am 1. August 1921.

361 I. B.

Der Amtshauptmann.

Betrifft: Umlagegetreide.

Die Getreidepreise, welche für das Umlagegetreide an die Erzeuger zu zahlen sind, sind wie folgt festgesetzt:

Weizen	2900	Mark	für	1000	kg
Roggen	2100	"	"	"	"
Gerste	2000	"	"	"	"
Hafer	1800	"	"	"	"

Die Bezahlung hat innerhalb 15 Tagen vom Lieferungstage ab zu erfolgen, bei späterer Bezahlung steht dem Lieferer Anspruch auf Zinsvergütung zu.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur bei Ablieferung **gesunden, trockenen, vor allem genügend gereinigten**, normalen Getreides der Anspruch auf den vollen Preis erhoben werden kann.

Das Getreide darf bei Lieferung vor dem 1. Oktober 1921 nicht mehr als 19% Wasser und bei späteren Lieferungen nicht mehr als 17% Wasser haben.

Zum Verkauf des Umlagegetreides sind nur die bisherigen, für die Reichsgetreide-felle tätig gewesenen Aufkäufer berechtigt.

Wegen der Knappheit und hohen Preise der Säcke sind solche möglichst kurz vor

Bedarf bei dem Aufkäufer abzuholen und nicht verwendete Säcke sofort zurückzugeben. Getreidesäcke dürfen nicht zur Füllung von anderen Früchten verwendet werden.

Meißen, am 30. Juli 1921.

Getreide-Einkauf Meißen

als Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Meißen-Stadt und -Land.

Die Reserve-Abteilung der Pflichtfeuerwehr zu Wilsdruff

hält Dienstag den 2. August d. J. abends $\frac{1}{2}$ 8 Uhr eine

Übung

ab. Stellen am Spritzenhaus. Alle männlichen Personen im Alter von 20—25 Jahren und alle diejenigen, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, aber im Besitze einer roten Binde oder einer weißen mit dem Aufdruck „R“ sind, haben sich zu dieser Übung einzufinden. Nichterscheinen oder unentschuldigtes Fernbleiben wird nach der Feuerlöschordnung bestraft. Die Entschuldigungen sind schriftlich vor Beginn der Übung beim Branddirektor abzugeben. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit. Binden sind anzulegen.

Wilsdruff, am 1. August 1921. Das Kommando der Pflichtfeuerwehr.

Donnerstag, den 4. August 1921 abends 7 Uhr

Öfftl. gemeinschaftl. Sitzung des Rats u. der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 1. August 1921.

Der Bürgermeister.

Birnen

von städtischen Pachtungen kommen zum Verkauf. — Wandpreis 1 Mk., 1.20 Mk., 1.50 Mk. — Anmeldungen zum Bezuge am 2. August

Zimmer Nr. 2

Wilsdruff, am 30. Juli 1921

6076

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Monat Juni unterschätzte das Reich 316970 Erwerbslose.

* In Opatowitz kam es mehrfach zu Schlägereien zwischen französischen und italienischen Offizieren.

* Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz ist in Düsseldorf von der Besatzungsbehörde verhaftet worden. Die Gründe sind unbekannt.

* Eine englische Note warnte die Franzosen vor einer Forderung der Entente durch eigenmächtiges Vorgehen in der ober-schlesischen Frage.

* Die Vorkonferenz hat der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß die erste Verhandlung wegen der Übergabe Weisungarns am 6. August in Odenburg stattfinden.

* Der französische Delegierte für die Provinz Rheinhessen verbot sämtlichen Kaffeehäusern der Provinz, Sammlungen zugunsten Oberschlesiens zu veranstalten.

* In Deutschland befinden sich 13 796 amerikanische Soldaten. Die Besatzungskosten für diese betragen 276 394 192 Dollar, wovon Deutschland 240 744 511 Dollar bezahlen muß.

Scharfes Geschick.

Von einem Berliner politischen Mitarbeiter wird uns der Stand der internationalen Verhandlungen am Wochenende wie folgt geschildert:

Auch die letzte Juliwochen ist zu Ende gegangen, und noch ruhte man weder in London noch in Paris bestimmt zu sagen, ob nun der Oberste Rat wirklich am 4. August zusammentreten würde, d. h. ob er zusammenzutreten darf. Herr Briand hat es für richtig gehalten, seit seinem letzten Vorstoß gegen Deutschland der britischen Regierung gegenüber einigermassen vorsichtig zu lauern, Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen zu zeigen, um bald darauf Bedingungen an sie zu knüpfen, die die ganze Angelegenheit wieder auf den alten Stand zurückwarfen. Vor dem eigenen Lande fühlte er die Verpflichtung, das Gesicht zu wahren, vor dem Verbündeten die ganze Schwere der Verantwortung für den Bruch, der durch so viele Jahre aufrecht erhaltenen freundschaftlichen Beziehungen. Eine Gefahr, die offensichtlich auch in London sehr schmerzhaft berührt. Aber Lloyd George fand schließlich keinen anderen Ausweg mehr, als durch eine neue, in sehr ernsten Tönen abgefaßte Note seinem französischen Kollegen noch im letzten Augenblick das Gewissen zu schärfen. Schon daß die französische Regierung ohne vorherige Verständigung mit den Alliierten wegen des Durchmarsches von Verstärkungen bei Deutschland vorstellig geworden ist, wird als ein Vorstoß gegen den Grundgedanken der engen Zusammenarbeit und der gegenwärtigen Verständigung unter den Alliierten angesehen. Lloyd George hält mit seinem Erkennen darüber nicht zurück, daß Frankreich in dieser Weise gegen ausdrückliche Vereinbarungen verstoße, und erinnert daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April dieses Jahres der damalige Ministerpräsident Millerand für die Zukunft versprochen habe, keine selbständigen Maßnahmen über Fragen ergreifen zu wollen, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten be-

rühren. Diese Zusage ist nicht nur jetzt gebrochen worden, sondern man hat in Paris sogar einen offensichtlich unfreundlichen Ton angeschlagen, hinter dem sich doch wohl nicht auch unfreundliche Absichten verbergen werden. Ohne gegenseitiges Vertrauen könne keine Allianz bestehen. England habe um ihre Willen schon viele Zugeständnisse gemacht und sei auch weiterhin zu solchen bereit. Es könne aber unmöglich Maßnahmen antworten, die unvermeidlich die Grundlage der Allianz erschüttern müßten. Also müsse es fragen, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten zu geben habe.

Herr Briand wählte auf diese Vorhaltungen den Ausweg, auf den er schon des öfteren bei Auseinandersetzungen mit seinen Verbündeten verfallen ist: er läßt sich den Rücken stärken durch die Kammer, wenn diese versammelt ist, durch das Kabinett, wenn die Volksvertreter in den Ferien sind. Einmündig billigte der Ministerrat sein Deutschland gegenüber beliebtes Vorgehen und forderie ihn auf, auf dem Verlangen des Durchzuges französischer Truppen nach Oberschlesien zu bestehen. So läßt er denn auch alle nationalen Register spielen, spricht von der „Würde der Nation“, die einen Verzicht auf die zweimal in Berlin gestellte Forderung unmöglich erscheinen lasse, und gibt sich den Anschein, zu glauben, als wenn die deutsche Regierung keinen feineren Wunsch hegte, als den, die Entente endgültig in die Luft gesprengt zu sehen. Doch ist er immerhin noch klug genug, in dieser Weise nicht alle Brücken zur Verständigung von sich aus abzubreaken. Er toleriert mit dem schon vor einigen Tagen von anderer Seite gemachten Vorschlag, daß die Entente in ihrer Gesamtheit Deutschland auffordern möge, sich für die Beförderung von Truppenverstärkungen bereitzustellen, daß es aber dem Obersten Rat vorbehalten bleiben soll, die Zusammensetzung dieser Verstärkungen aus Engländern, Franzosen und Italienern, sowie den Zeitpunkt ihres Abtransportes zu bestimmen. Jedenfalls aber sollten diese Truppen in dem Augenblick zur Stelle sein, in dem die endgültige Entscheidung über Oberschlesien fallen werde. Ein Kompromißangebot dieses Inhalts soll Briand noch am Freitag abend nach ausführlichen Besprechungen mit den in Paris amtierenden fremdländischen Diplomaten nach London abgeschickt haben. Von dort wird nun die Entscheidung sündlich erwartet.

Die deutsche Regierung kann nichts anderes tun, als dem Augenblick, in dem nunmehr die Würfel über Oberschlesien fallen sollen, mit gespannter Aufmerksamkeit, aber auch mit vollkommener Loyalität entgegen zu harren. Wie sehr ihr unverrückbarer Standpunkt, daß Oberschlesien zu Deutschland gehört, weil es zu Deutschland gehören will, den Tatsachen entspricht, wird ihr eben wieder von einem hervorragenden ausländischen Politiker bestätigt. Er kündigt an, daß England diesen Gedanken der Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Reich, als im Interesse der europäischen Wirtschaft liegend, auf der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates in Paris vertreten und ihn durchsetzen werde, wenn es dabei die Unterstützung Italiens finde. Ob daraus mit Sicherheit zu rechnen ist, läßt sich bei der Undurchsichtigkeit der italienischen Politik freilich mit Bestimmtheit nicht sagen.

Die deutsche Regierung hat im Bewußtsein der neuen Krise, der wir entzweienachen, in letzter

Auftrag zu höchster Zurückhaltung ins Land gehen lassen, damit der Welt ein Beispiel dafür gegeben werde, wie ein Volk durch seine Selbstbeherrschung der sachlichen Lösung einer Frage von so großer Tragweite die Wege ebne. Nicht nur an die Oberschlesier, sondern an das ganze deutsche Volk wird diese Mahnung gerichtet, mit der Birne, ruhiges Blut zu bewahren und sich der Verantwortung bewußt zu bleiben, die uns der Augenblick auferlegt. Man möchte nur wünschen, daß die Warschauer Regierung sich zu gleichen Mahnungen an die Polen — an alle Polen — entschließen könnte; sie würden gewiß nicht überflüssig sein.

Böse Beispiele . . .

Schlägereien zwischen alliierten Offizieren. Es wird zwar niemand behaupten wollen, daß die französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien jemals „gute Sitten“ an den Tag gelegt hätten, aber das Beispiel, daß diesen verächtlichen Verurteilten neuerdings von ihren Offizieren — und diesen wohl wieder von ihrer heimatischen Regierung — gegeben wird, ist nur dazu angetan, aus dem Verhalten der Soldaten den letzten Rest von Anstand und Höflichkeit zu tilgen. Das Verhältnis zwischen den französischen und italienischen Besatzungstruppen in Oberschlesien war schon immer infolge des ungerechten und herausfordernden Verhaltens der Franzosen wenig kameradschaftlich, jetzt aber kommen sogar Schlägereien zwischen französischen und italienischen Offizieren vor. Dieser Tage gingen in Opatowitz französische Offiziere hinter einigen Mädchen her und belästigten die Mädchen. Italienische Offiziere, die die Franzosen zur Rede stellten, gerieten mit den Franzosen in eine Schlägerei, die schließlich in eine Schießerei ausartete. Zu weiteren Schlägereien zwischen französischen und italienischen Soldaten kam es ferner vor der Kaserne in Opatowitz, wobei auch Handgranaten geworfen wurden. Einen brutalen Übertritt erlaubte sich ein französischer Offizier gegen den Wagnbauer Matena aus Opatowitz, der in etwas ange-trunkenem Zustand ein patriotisches Lied sang. Der französische Offizier trat den Mann mit Füßen, als er beim Schlagen hinstiel. Die Schwester des Mannes hat den französischen Offizier, ihren Bruder nicht zu schlagen, weil er angetrunken sei. Die Folge war, daß der Offizier auch das Mädchen ins Gesicht schlug. Vor dem Regierungsgebäude gab der französische Offizier einem Posten den Auftrag, Matena und seine Schwester zu verhaften. Gegen den Offizier ist Anzeige erstattet worden. Auch in Randzin kam es zu einem Zwischenfall zwischen französischen und italienischen Soldaten, wo ein Franzose ohne weiteres auf die italienischen Mannschaften während der Zugkontrolle schloß. Darauf entzweienachen die italienischen Soldaten die Franzosen, die jetzt zu entweichen versuchten; sie konnten aber festgenommen werden.

Neue polnische Überfälle.

Die Bandenüberfälle in Oberschlesien nehmen kein Ende. Das Dorf Raschitz im Kreis Ratibor wurde in der Nacht von einer stärkeren polnischen Bande angegriffen. Den Deutschen gelang es, die Polen restlos wieder zu ver-